

Pressemitteilung

Neuer, ergänzter Maßnahmenplan des Umweltausschusses der Hamburgischen Bürgerschaft als Beschluss des interfraktionellen Petitions der SPD-, CDU-, Grünen- und FDP-Abgeordneten zu DRS 20/13531 vom 13.1.2015

Der Umweltausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft hat im Anschluss des vorigen sog. 10-Punkte-Maßnahmenplanes ein parteiübergreifendes 16-Punkte-Petition zu Reduzierung von Fluglärm in Hamburg und im nordöstlichen Umland beschlossen.

Angefangen von einem erneuten Versuch, den Anflug im Nordosten auf den 10-NM-Standard zu verlängern und Lärmoptimierung bei den Anflügen zu erreichen, die Entgeltordnung des Flughafens weiter zu verschärfen, den Bußgeldkatalog bei Verspätungen auch anzuwenden bzw. zu überprüfen, neben weiteren Prüfaufträgen auch die Kompetenzen der Fluglärmenschutzbeauftragten zu verbessern, deren gesetzliche Grundlage und Berichtsverpflichtung zu schaffen, die erhöhten Bußgelder dem Lärmschutz zufließen zu lassen, die bestehenden Bahnbenutzungsregeln strikter einzuhalten, bis zu einer sog. Allianz für den Lärmschutz, d.h. einer erweiterten Gesprächsrunde für Fluglärmenschutz und eine weitere Öffnung der Fluglärmenschutzkommission zu mehr Transparenz ist eine Vielzahl von umfangreichen Einzelpunkten gefordert, die nun vom Senat, Flughafen, der DFS, zusammen mit der Fluglärmenschutzkommission und der Fluglärmenschutzbeauftragten jetzt umzusetzen sind. Über die Fortschritte in den angesprochenen Punkten ist der Bürgerschaft jährlich zu berichten.

BIG Fluglärm Hamburg e.V. dazu:

Wir begrüßen diesen Beschluss als einen guten Schritt in die richtige Richtung. Es werden hiermit viele Probleme angesprochen, deren Behandlung auf jeden Fall bessere Voraussetzungen für mehr Fluglärmenschutz schaffen kann.

Das Hamburger Fluglärmproblem ist damit aber noch nicht gelöst, besonders nicht hinsichtlich der zu erwartenden Steigerung der Flugbewegungen mit größeren, dh. lauterer Flugzeugen, der zu erwartenden Zusatzflüge bei den von Hamburg vorzugsweise erwünschten Massenveranstaltungen, bei dem Schwerpunkt der Stadt bei Tourismus, der Luftfahrt, dem Wachstumswunsch des Flughafens und seiner Eigentümer/Betreiber. Der weitere Ausbau des Flughafens erfolgt aufgrund von Prognosen und zeigt, dass man die Flughafenkapazität schon jetzt auf mehr Passagiere und mehr Flugverkehr einstellt.

Dieser Beschluss ist also kein Wahlgeschenk sondern vorbeugend auf die zukünftige Entwicklung des Stadtflughafens Hamburg gefaßt. Er ist ein richtiger Schritt in die richtige Richtung, der aber die großen Themen wie Nachtflugverbot ab 22 h oder Lärmpausen bei den Bahnnutzungen und die neuen lärmmedizinischen Erkenntnisse über die Risiken von Fluglärm unbeachtet läßt.

Bei ein wenig mehr Verständnis, gutem Willen und Solidarität für die Anwohner jedoch wäre ein derart umfangreicher Beschluss sicherlich nicht notwendig geworden. Von einem „gelungenen“ Kompromiss zwischen Flughafen und Anliegern kann also noch lange keine Rede sein.

BIG Fluglärm Hamburg e.V.

Hamburg, 15.1.2015